

# Superrotes Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

# KPÖ

linz.kpoe.at



Die KPÖ fordert seit Jahren leistbares Wohnen durch Mietzinsobergrenzen, Wiederaufnahme des städtischen Wohnbaus und Nutzung des Leerstandes.

## KPÖ für Erfassung und Nutzung von Leerstand

Laut aktuellen Daten von Statistik Austria stehen in Linz etwa 10.000 Wohnungen leer. Die genaue Anzahl ist jedoch selbst der Stadt Linz unbekannt.

Die regierende Stadtpolitik weigert sich seit Jahren hartnäckig, den Leerstand zu erfassen und Maßnahmen zur Nutzung von Leerstand zu ergreifen. Kürzlich wurde

ein Antrag der KPÖ für eine Leerstandserhebung im Linzer Gemeinderat von SPÖ, ÖVP, FPÖ und NEOS abgelehnt. Anstatt die Wohnprobleme anzugehen, werden Häu-

ser abgerissen, oft übermäßig verdichtet oder Grünflächen versiegelt, was Investoren und Spekulanten erfreut. (Mehr dazu auf Seite 3)



Michael Roth-Schmid  
KPÖ-Gemeinderat

### Öffis ausbauen, aber richtig!

Bei der Gemeinderatssitzung im Jänner habe ich die Finanzierungsvereinbarung für die Regionalstadtbahn Linz (RSB LINZ) und die O-Bus-Achse Linz kritisiert.

Die Stadt und das Land haben den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu einem politischen Machtkampf gemacht und bevorzugen teure Prestigeprojekte anstelle von pragmatischen Lösungen. Meiner Meinung nach sollten Investitionen zunächst in die Verbesserung des bestehenden Öffi-Netzes durch Elektrifizierung von Buslinien,

Taktverdichtungen, bessere Anschlüsse und Netzverlängerungen fließen, bevor so große Projekte angegangen werden. Es fehlt auch an einer umfassenden Diskussion und Kosten-Nutzen-Analyse der geplanten Vorhaben. Aus diesen Gründen hat sich die KPÖ bei der Abstimmung zu dieser Vereinbarung enthalten.



## Eine superrote Stimme in Brüssel

Damit man draußen weiß, was drinnen vorgeht, kandidiert die KPÖ für die Wahlen zum EU-Parlament. Und auch damit man drinnen endlich wahrnimmt, wo draußen der Schuh drückt.

Wir brauchen auch im EU-Parlament eine verlässliche Stimme für die Interessen jener, die es sich nicht mit dem großen Geld richten können. Eine verlässliche, informierte Stimme für Frieden und Neutralität, für leistbares Wohnen und die öffentliche Daseinsvorsorge. 80 Prozent der Gesetzesmaterie, mit der das österreichische Parlament befasst ist, basiert auf EU-Gesetzgebung. Und deshalb brauchen wir jemanden, der permanent und verlässlich darüber informiert, wie das „Brüsseler-Spiel“ so läuft und warum es durchaus Sinn ergibt, die österreichische Regierung und „unsere“ Abgeordneten dafür in die Verantwortung zu nehmen. Es braucht auch in Brüssel eine superrote Stimme. Wir brauchen die KPÖ auch im EU-Parlament.

**Günther Hopfgartner**  
Bundessprecher der KPÖ  
und Spitzenkandidat  
bei der Europawahl

## Hotspot Meinungen zu einem aktuellen Thema

### Was bringt eine Regionalstadtbahn?

Im Jänner hat der Linzer Gemeinderat mehrheitlich der Finanzierungsvereinbarung für die „Regionalstadtbahn Linz“ mit dem Land zugestimmt. Die Gesamtkosten belaufen sich derzeit auf 667 Millionen Euro, wobei das Land Oberösterreich 42,5 Prozent, die Stadt Linz 7,5 Prozent (maximal 50 Millionen Euro) und der Rest vom Bund finanziert werden soll. Was halten die Linzerinnen und Linzer von dieser Vereinbarung und von der Regionalstadtbahn?



#### Gertraud Walli

aktiv in der Initiative „Verkehrswende jetzt!“

Wenn so viel Geld investiert wird, sollte man sich die Zeit nehmen, ein gutes Öffi-Projekt auszuarbeiten, das z.B. keine ‚Insellösung‘ ist, sondern die Durchbindung zur Mühlkreisbahn und in das österreichische Schienennetz ermöglicht. Man könnte viel Geld und Zeit sparen, wenn man statt des Tunnels die Trasse der bereits existierenden Hafenbahn einbindet.



#### Ina Pree

Sozialmanagerin im Diakoniewerk Gallneukirchen

Ich bin Pendlerin nach Gallneukirchen, die derzeitigen Busverbindungen sind stark frequentiert. Für mich ist die Bahn ein Prestigeprojekt. Ein Ausbau der Verbindungen inkl. Einführungen von Schnellbuslinien könnte ebenfalls zu mehr Attraktivität und Entlastung auf dieser Strecke führen. Außerdem hätte man dieses Projekt schon vor Jahren angehen müssen.



#### Armin Kraml

Angestellter und Betriebsrat bei Bosch Rexroth

„Das Wichtige richtig machen“: Für die Arbeitsplätze im Hafen- und Industriegebiet und gegen die Verkehrsprobleme im Linzer Süden braucht es bessere Lösungen im öffentlichen Verkehr. Die Regionalstadtbahn ist hier nicht optimal und zu wenig effektiv. Außerdem muss das Auto unpraktischer werden. Sonst wird auch das beste Öffi-Angebot nicht angenommen.

Wollen Sie Infos? Wenn Sie mehr über die Linzer **KPÖ** wissen wollen:

☎ +43 (0) 732 652156  
(Mo–Do 9–12 Uhr, Di 15–18 Uhr)

✉ linz@kpoe.at

🌐 linz.kpoe.at

📍 KPÖ-Linz, Melicharstraße 8, 4020 Linz

📘 facebook.com/kpoe.ooe

🐦 twitter.com/@kpoe\_linz

📷 instagram.com/kpoe\_linz

📺 tiktok.com/@kpoe\_linz

💬 cafekpoe.blog



Bethlehemstraße 38 – eines von vielen Beispielen für Leerstand in der Linzer Innenstadt.

### Grünland schützen, Leerstand nützen

Die Bekämpfung von Leerständen ist angesichts der Wohnungskrise zum Thema geworden.

Eine Gesetzesreform soll es den Bundesländern ermöglichen die Höhe von Abgaben für ungenutzte Wohnungen selbst festzulegen und damit steuernd einzugreifen.

Aus Gewinnabsicht leerstehenden Wohnungen könnten damit für Wohnungssuchende mobilisiert werden, weil sich auf Grund einer Leerstandsabgabe das Nichtvermieten nicht mehr rechnet.

#### Spekulation als Ursache

Neben Sanierungen und Klärungen von Verlassenschaften verursacht Spe-

kulation erhebliche Leerstände. Eigentümer\*innen halten Wohnungen lieber unvermietet, um auf Wertgewinn zu spekulieren oder machen schnelles Geld über Kurzzeitvermietungen mittels Plattformen. Diese Leerstände entziehen der Gesellschaft dringend gebrauchten Wohnraum. Die sich daraus ergebende Verknappung von Wohnraum treibt die Mieten in die Höhe. Dazu kommt der Bodenverbrauch. Auch aus ökologischen Gründen ist die Nutzbarmachung von Leerstand zur Vermeidung der Versiegelung von

Grünflächen ein Gebot der Stunde.

In den letzten Jahren gab es bundesweit schon einige Initiativen, um brachliegende Wohnungen zu reaktivieren. So gibt es in drei Bundesländern ein Leerstandsabgabengesetz und in der Stadt Innsbruck prüft ein eigenes Referat anhand von Melde- und Gebäude-daten, wie viele Wohnungen leer stehen.

#### Das Land ist säumig

Das Land Oberösterreich hinkt hinterher. Bis dato weigert sich die schwarze Landesregierung ein Leerstandsabgabengesetz zu erlassen. Aber auch die Stadt Linz ignoriert das Problem Leerstand und steckt den Kopf lieber in den Sand.

#### Die KPÖ fordert daher:

- Ein wirksames Leerstandsabgabengesetz auf Landesebene
- Erhebung des Wohnungsleerstands durch die Gemeinden
- Zweckwidmung der Erlöse für den gemeinnützigen Wohnbau

#### Aktuelle Termine



**Mittwoch, 1. Mai 2024**

11:00 Uhr,  
Linz, Schillerpark  
Demo Mayday

14:00 Uhr,  
Melicharstraße 8  
Maifest der KPÖ

Alle Veranstaltungstermine mit diesem QR-Code abrufen

## Splitter aus dem Gemeinderat

#### Finanzspritze für Wirtschaft

Auch 2023 sponserte die Stadt mit 374.328 Euro Steuergeld wieder die Weihnachtsbeleuchtung. Während in anderen Städten, etwa in Wien, der Handel zumindest dazuzahlt, bleibt in Linz die Stadt voll auf den Kosten sitzen. Die Geldspritze wurde im September von SPÖ, ÖVP und FPÖ in trauter Eintracht durchgeboxt.

#### Einfache Sprache

Mit einem Antrag forderte die KPÖ als Erleichterung für Menschen mit Beeinträchtigung, kognitiven Einschränkungen oder sprachlichen Barrieren eine Gestaltung von Formularen im Bereich des Magistrats in einfacher Sprache. Damit sollen Teilhabe und Selbstbestimmung verbessert werden. Der Antrag wurde einstimmig einem Ausschuss zugewiesen.

#### Botanischer Garten teurer

Bei Stimmhaltung der KPÖ beschloss der Gemeinderat die Tarife für den Besuch des Botanischen Gartens zwischen zehn und zwölf Prozent zu erhöhen. KPÖ-Fraktionsvorsitzende Gerlinde Grönn urgierte dazu einmal mehr einen Tarif- und Gebührenstopp und forderte einen leistbaren Zugang zu Freizeit- und Bildungseinrichtungen für alle.

#### Taxigutscheine kein Thema?

Maximal sechs Taxigutscheine pro Monat für Menschen mit Behindertenpass oder Anspruch auf Aktivpass für Arztbesuche etc. nach dem Beispiel von Graz beantragte die KPÖ bei der Dezember-Sitzung des Gemeinderates. Aber SPÖ, ÖVP, FPÖ und NEOS lehnten ab.

Aktuell, Nummer 2, April 2024

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Tel.: +43 (0) 732 652156, E-Mail: ooe@kpoe.at, Web: ooe.kpoe.at; Konto Oberbank, IBAN: AT52 1500 0004 8021 9500, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Scheinost, Meister Eder, Moser, Archiv



Die KPÖ-Oberösterreich übergab an den Landtag 3.857 Unterschriften für eine Nacht-S-Bahn.

## Höhere Parkgebühren für große Autos gefordert

Die KPÖ setzt sich für eine gerechtere Gestaltung der Bewohner-Parkkarte in Linz ein.

KPÖ-Gemeinderat Michael Roth-Schmid fordert eine Neugestaltung des Gebührenmodells, das die Fahrzeuggröße angemessen berücksichtigt.

Größere Fahrzeuge wie Luxus-PKW, SUVs und Pick-Ups beanspruchen mehr Platz und belasten die Umwelt stärker. Zudem erhöhen sie das Verletzungsrisiko für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. Ein gestaffeltes Parkgebührensysteem nach

Fahrzeuggröße könnte einen Lenkungseffekt auf die Fahrzeugwahl haben und zu einer gerechteren Verteilung des öffentlichen Raums führen.

Trotz positiver Beispiele in anderen Städten wurde der entsprechende Antrag der KPÖ im Gemeinderat abgelehnt. Die Stadt Linz bleibt somit bei der aktuellen Regelung, die größere und in der Regel teurere Fahrzeuge bevorzugt.

## Rot-blaue Päckeleien ohne Ende

Die Parteilinie der SPÖ schließt Koalitionen mit der FPÖ aus. Nicht so in Linz, wo zwar nach Ibiza das 2015 geschlossene „Arbeitsabkommen“ beendet wurde, aber die rot-blaue Päckelei flott weitergeht.

Etwa mit der 2023 erfolgten Bestellung des Burschenschafters Püschel zum Gesundheitsdirektor, von Bgm. Luger nach einer KPÖ-Anfrage hartnäckig verteidigt. Bezeichnend ist auch, dass die „Afterparty“ der FPÖ-Burschenschaftler nach dem Burschenbundball im „Piano“ des SPÖ-Gemeinderates Katzmayr stattfand und dabei der 3. Landtagspräsident Binder (SPÖ) als DJ agierte. Binder bekam zwar eine „Gelbe

Karte“ von SPÖ-Landeschef Lindner – doch der Fall wurde zu den Akten gelegt.

Kurz darauf wollte sich Bgm. Luger gemeinsam mit dem Welser FPÖ-Bürgermeister Rabl für den Vorstand des jüdischen Vereins Yad Vashem bewerben, was an massiven Protesten scheiterte. Abgrenzung von ganz rechts ist für die Linzer SPÖ also kein Thema.

## Armut bekämpfen, nicht die Armen!

Das letzte soziale Netz für Menschen in Not ist die Sozialhilfe. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger\*innen ist seit Jahren rückläufig, rund ein Viertel davon sind Kinder und Jugendliche.

Damit sinken auch die Aufwände der Stadt Linz für die Sozialhilfe. Grund für diesen Rückgang ist aber nicht weniger Armut, sondern Verschärfungen beim oberösterreichischen Landesgesetz. Immer mehr gesetzliche Hürden erschweren Bedürftigen den Zugang zur Sozialhilfe.

Für die Durchführung der Sozialhilfe ist die Stadt Linz zuständig. Hier gibt es viel Kritik am Umgang der Sozialbehörde mit Hilfesuchenden. Die Häufung von Schikanen und die Auslegung des Gesetzes zum Nachteil der Antragsteller\*innen rief eine Protestbewegung für einen menschlichen Vollzug der Sozialhilfe ins Leben. Die mediale Berichterstattung veranlasst die Behörde nun zu Zugeständnissen. Der Grad der Menschlichkeit lässt sich am Umgang mit den Ärmsten der Gesellschaft messen. Und da ist auch in Linz noch viel Luft nach oben.



Gerlinde Grün  
KPÖ-Fraktionsvorsitzende